

Bürgerliche Zusammenarbeit hört bei der Europa-Frage auf

KÜSNACHT An einem Podium in Küsnacht haben FDP- und SVP-Politiker den bürgerlichen Schulterschluss für die Wahlen geprobt. Es wollte nicht recht klappen.

Wer gibt bei den wirtschaftspolitischen Themen im Land den Ton an, die FDP oder die SVP? Dieser Frage stellten sich am Montagabend im Hotel Sonne in Küsnacht die bisherigen Nationalräte Doris Fiala (FDP, Zürich) und Alfred Heer (SVP, Zürich) sowie die Nationalratskandidaten Kaspar Hugenberg (FDP, Horgen), Wolfram Kuoni (SVP, Herrliberg) und Jürg Sulser (SVP, Otelfingen).

Alle fünf präsentierten sich am Wahlpodium, moderiert von SZS-Chefredaktor Benjamin Geiger, als Unternehmer. Und sie erläuterten, weshalb es sie als Wirtschaftleute in die Politik getrieben hat. «Jede bürokratische Übung, die vom Staat auferlegt wird, spüren die Unternehmer», sagte Fiala. Dagegen wolle sie ankämpfen.

«Staat holt immer mehr ab»

Auch Heer sagte, die staatlichen Eingriffe hätten ihn geprägt. Er führte aktuelle Beispiele an, welche die Unternehmer plagten: die Abfall- und die Billag-Gebühren etwa. «Der Staat holt von uns immer mehr ab», Hugenberg erzählte, er habe von der Politik zu oft gehört, was alles nicht möglich sei – dies wolle er ändern. Kuoni präsentierte seine internationale Erfahrung als Wirtschaftsanwalt an und kritisierte, dass die Steuerverwaltung immer eigenständiger agiere und Gesetze nach eigenem Gutdünken anwende.

Sulser schliesslich forderte, der Staat solle Unternehmer leben lassen, statt sie mit immer neuen Steuerformularen zu ärgern.



Widmeten sich Wirtschaftsthemen: Doris Fiala, Alfred Heer, Kaspar Hugenberg, Benjamin Geiger, Wolfram Kuoni und Jürg Sulser.

Johannes

«Wir müssen den Regulierungswahnsinn abschaffen.»

In diesen Fragen waren sich die fünf Politiker auf der Bühne einig, und falls nicht, widersprachen sie sich nur zaghaft. Es schien, als hätten sie einen Waffenstillstand ausgehandelt, um vor den Wahlen am 18. Oktober Einigkeit im bürgerlichen Lager zu demonstrieren.

Doch es kam anders. Versuchten die Politikerin und die Politiker zu Beginn noch, Differenzen zwischen den beiden Parteien vom Tisch zu wischen, taten sich Gräben auf, als die Rede auf das Verhältnis zu Europa kam. Die bilateralen Verträge und die Masseneinwanderungsinitiative wurden zum Zankapfel. «Die Wirt-

schaft muss die Arbeitskräfte bekommen, die sie braucht», sagte Fiala. Ihr Parteikollege Hugenberg sagte ebenfalls: «Wir profitieren von diesen Leuten.»

Abweichler auf dem Podium

Heer stellte dies in Abrede. «Ich bin nicht gegen die Personenfreizügigkeit an sich, doch für den Kanton Zürich ist sie ein Verlustgeschäft», sagte er. Denn mit der Zuwanderung würden auch die Kosten für die Sozialhilfe und für den Ausbau der Infrastruktur wie Schulen und Spitäler zunehmen. Heer und Sulser kritisierten zudem, dass viele ausländische Arbeitskräfte ihre Familie nachziehen würden, was der Schweiz nichts bringe.

Parteikollege Kuoni wich von dieser Linie ab. «Der Nachzug von Familien soll möglich sein», sagte er. Stattdessen sprach er sich für einen Inflationsvorrang sowie für Schutzklauseln aus.

Wenn es um Zuwanderung ging, wurden Fiala, Heer und Sulser ein paar Dezibel lauter. Und als aus dem Publikum jemand kritisierte, dass die beiden Parteien keine Listenverbindungen eingegangen sind, entbrannte eine kurze, heftige Debatte. Heer wies die Schuld der FDP zu. Die SVP wäre für eine Verbindung gewesen, sagte er. Fiala wiederum fühlte sich nicht dafür verantwortlich, sagte sie doch: «Ich habe die SVP lieber im Boot, statt dass sie neben mir Wellen schlägt.»

Zum Schluss versuchten die Politiker aber wieder, die Differenzen zu kühlen. Die eine Partei sei bürgerlich-liberal, die andere bürgerlich-konservativ. «Wenn wir überall gleicher Meinung wären könnten wir gleich fusionieren», sagte Fiala. FDP und SVP würden in den wichtigsten Fragen zusammenspannen, fand auch Heer.

Unbeantwortet blieb so nun eine Frage – jene zu Beginn des Podiums, wer denn nun die wichtigste Wirtschaftspartei sei. Trotz Wahlkampf machte keine Partei der anderen diesen Titel streitig. Nur Sulser liess kurz seine Haltung aufblitzen. «Die SVP ist die Wirtschaftspartei. Und die FDP ist eine starke Ergänzung dazu.»

Michel Wenzler